

KANDIDAT RAU

Auf einer Pressekonferenz am 18. August 1986 in Bonn erklärte Heiner Geißler, die SPD sei nicht regierungsfähig und auch nicht zukunftsfähig. Dem Kanzlerkandidaten der SPD, Johannes Rau, warf er vor, zunehmend in die Rolle eines „Wählertäuschers“ zu geraten. Heiner Geißler stellte eine Dokumentation der CDU-Bundesgeschäftsstelle vor.

I. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Die Widersprüche des Johannes Rau

Wer sich mit der Politik von Johannes Rau näher beschäftigt, entdeckt sehr rasch drei wesentliche Merkmale:

1. Zwischen Ankündigung und Realität klafft bei Rau eine riesige Lücke.
2. Rau ersetzt sachliche Argumentation durch Taktik: Vernebeln, Entschuldigen durch Beschuldigen, Beschönigen, Wegtauchen sind ständig wiederkehrende Muster.
3. Rau ist ein Politiker im Widerspruch zu sich selbst und zu seiner eigenen Partei.

Diese drei Merkmale der Politik von Johannes Rau lassen sich in zahlreichen Politikbereichen wiederfinden. Die nachfolgenden Beispiele belegen die Urteile von Herbert Wehner und Klaus Bölling:

„Das ist zwar ein Mann, der in diesem großen Parteibereich Nordrhein-Westfalen eine Rolle spielt, aber sonst in Wirklichkeit nichts von sich gibt.“ (Herbert Wehner, zit. n. Tempo, März 1986)

„Wer seinem Wesen nach dem Konflikt abgeneigt ist, ... kann in Bonn in keinem politischen Entscheidungszentrum erfolgreich sein. Er wird, mit fast unausweichlicher Logik, scheitern. (Klaus Bölling, zit. n. Bunte, 33/1986)

Absolute Mehrheit?

(1) Ankündigung

Eigene Mehrheit!

„Eine große Partei wie die SPD, die die Interessen der Mehrheit vertritt, die muß auf Mehrheit setzen, die muß versuchen, für die Interessen der Mehrheit auch die Mehrheit der Stimmen zu bekommen. Das ist mein Bemühen ... Ich will mein Ziel erreichen, eine eigene Mehrheit, und ich werbe dafür und ich sehe eine echte Chance.“ (Johannes Rau, ZDF, „Bonner Perspektiven“, 10. August 1986)

Realität

Unwahrscheinlich und ausgeschlossen

Die SPD verfügt über ein Wählerpotential von etwa 40 Prozent. In den Bundestagswahlen von 1969 bis 1983 hat die SPD im Durchschnitt 42,4 Prozent erhalten. Bei der letzten Bundestagswahl erreichte sie nur 38,2 Prozent. Im Juni 1986 erklärten 64 Prozent der SPD-Wähler es für „unwahrscheinlich“ oder „ausgeschlossen“, daß die SPD die absolute Mehrheit erreichen könne. (Emnid)

Widersprüche

Auf Anhieb keine absolute Mehrheit

„Keine Partei wird im Januar 1987 in der Lage sein, allein zu regieren.“ (Helmut Schmidt, Quick, 30. 10. 1985)

„Ich möchte, daß Johannes Rau Kanzler wird, aber ich sehe nicht, daß wir auf Anhieb eine absolute Mehrheit bekommen. Ergo brauche ich einen Koalitionspartner.“

(Hans Koschnick, ARD, „Brennpunkt“, 18. 9. 1985)

„Auch 43 Prozent für seine Partei, so hört man bei Willy Brandt heraus, wären bei der Ausgangslage (1983: 38,2 Prozent) ein schöner Erfolg.“ (Die Zeit, 25. Juli 1986)

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz räumte ein, daß der Anspruch, eine „eigene Mehrheit zu erkämpfen ... in der Linken auf Zweifel stößt“.

(zit. n. W. Filmer/H. Schwan, Johannes Rau, Düsseldorf/Wien 1986, 336)

„Daß wir zur Zeit nicht in der Situation sind, wo wir sicher sagen können, wir werden die absolute Mehrheit packen, das muß ich zugeben.“

(Peter Glotz, ZDF, „Heute-Journal“, 6. August 1986)

(2) Ankündigung

Kein Bündnis mit den Grünen

„Wenn es nur mit den Stimmen der Grünen geht, dann werde ich nicht Bundeskanzler! ... Ich gestatte mir selber keine Notausgänge.“
(Johannes Rau, ZDF, „Journalisten fragen — Politiker antworten“, 10. 4. 1986)

Vernebelungen

Frage: „Was würdest du tun, wenn wir nicht die Mehrheit haben und die jetzige Koalition auch nicht?“

Rau: „Das weiß ich nicht.“

Frage: „Sollte man sich nicht vorher darüber Gedanken machen?“

Rau: „Ja, aber nicht äußern.“ (zit. n. Die Tageszeitung, 26. 5. 1986)

Alle sind genehm

„Ich werde mich wählen lassen, wenn ich eine Regierung bilden kann; und zwar von Sozialdemokraten, aber auch von CDU/CSU, Grünen und FDP.“
(Johannes Rau, Quick, 24/1986)

Widersprüche

Laßt es uns gemeinsam machen!

„Politisch geht es darum, daß das, was jetzt an neuem Auftrieb in Gang ist, das muß fortgesetzt werden, indem sich die SPD, wo es geht, zusammenfindet mit den Sozialliberalen aus der FDP, mit den Arbeitnehmern, die zeitweilig irre geworden waren an der zerstrittenen Bonner Koalition, und mit den vielen aus der Friedensbewegung, aus der Umweltbewegung, die eigentlich auch soziale Demokratie gestalten wollen.“
(Willy Brandt, ARD/ZDF, „Bonner Runde“, 26. 9. 1982)

„Da es zur Zeit nicht danach aussieht, als könne die SPD allein die notwendige Mehrheit zur Ablösung der Bundesregierung erreichen, muß sie eine Zusammenarbeit mit den Grünen als Möglichkeit ins Auge fassen.“
(Oskar Lafontaine, Der andere Fortschritt. Hamburg 1985, 197f.)

„Ich will, daß der Johannes Kanzler wird, und will das auch dann, wenn wir das optimale Ziel, allein regieren zu können, nicht erreichen. Und wenn halt nur die Grünen bereit sind, mit uns den konservativen Spuk zu beenden, dann sage ich, laßt es uns gemeinsam machen! So einfach ist das.“
(Willi Görlach, Minister für Landwirtschaft und Forsten und für Bundesangelegenheiten des Landes Hessen, Der Spiegel 19/1986)

Arbeitslosigkeit

(3) Ankündigung

Arbeitsplätze schaffen!

„Jeder, der uns 87 wählt, muß wissen: Die werden neue Arbeitsplätze schaffen.“ (Johannes Rau, Rede vor der AG für Arbeitnehmerfragen, Hannover, 9. 3. 1986)

Widerspruch

Noch einige Jahre mit leben

„... eine Situation, mit der wir jetzt einige Jahre gelebt haben und vielleicht noch einige Jahre leben müssen.“ (Willy Brandt, Der Spiegel, Nr. 26/23. Juni 1986)

Vernebelung

Keiner kann zaubern

„Keine Partei hat die Mittel, diese Arbeitslosigkeit wegzuzaubern.“
(Johannes Rau, DLF, 22. 9. 1985)

(4) Ankündigung

Keine Beschäftigungsprogramme

„Ich bin nicht für traditionelle Beschäftigungsprogramme.“
(Johannes Rau, Vorwärts, 1. 3. 1986)

Widerspruch

Doch Beschäftigungspaket

„Alles in allem wäre ein Beschäftigungspaket mit einem Volumen von zehn Milliarden angemessen und angesichts der kräftig sprudelnden Steuern auch zu verkraften.“

(Rudolf Dreßler, Bundesvorsitzender der AG für Arbeitnehmerfragen in der SPD, ppp, 19. 9. 1985)

Deutschlandpolitik

(5) Ankündigung

Deutschlands Einheit vollenden

„Eine Streichung der Präambel (des Grundgesetzes) ist völlig ausgeschlossen, da denkt kein Mensch dran.“

(Johannes Rau, ZDF, „Journalisten fragen, Politiker antworten“, 10. 4. 1986)

Widersprüche

Deutschlands Einheit aufgeben

„Ich frage mich manchmal, ob wir alle genau gelesen haben, was in der Präambel steht. Das Wort Wiedervereinigung kommt nicht vor. Ich habe seit langer Zeit diesem ‚Wieder‘ nichts abgewinnen können.“

(Willy Brandt, General-Anzeiger, Bonn, 25. 9. 1984)

„Die Präambel zu unserem Grundgesetz ist mit ihrer Forderung nach deutscher Wiedervereinigung nicht mehr realistisch und sollte geändert werden.“ (Klaus Bölling, Express, 21. 5. 1985)

„Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands muß als Ziel aufgegeben werden.“

(Positionspapier des „Frankfurter Kreises“ in der SPD „Für eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik“, 16./17. 2. 1986)

Energiepolitik

Kernenergie

(6) Ankündigung

Ein volles Ja zur Kernenergie

„... wir zu den Atomenergieanlagen, die wir haben, ein volles Ja aussprechen.“

(Johannes Rau, WDR, 21. 1. 1985)

29. 4. 1986: Kernkraft nicht in Frage gestellt

„Die gegenwärtig betriebenen Kernkraftwerke auf Uranbasis werden politisch nicht in Frage gestellt.“ (Johannes Rau, Pressemitteilung der SPD, 29. April 1986)

Widerspruch

5. 5. 1986: Verzicht auf Kernenergie

Wenige Tage nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl versprach Rau einen „Verzicht auf die Kernenergie ... Eine sozialdemokratische Bundesregierung würde alles daransetzen“. (zit. n. Die Welt, 5. 5. 1986)

Vernebelung

Einstieg in den Umstieg

Der SPD wurde nicht nur vorgehalten, daß unter ihrer Regierungsverantwortung die meisten Kernkraftwerke gebaut worden sind. Auch mußten die Genossen erkennen, daß der sofortige Ausstieg aus der Kernkraft ein unerfüllbares Versprechen ist. Rau blies vorsichtig zum Rückzug; er sprach nicht mehr von „aussteigen“, sondern von „umsteigen“. Hatte er auf dem wirtschaftspolitischen Kongreß der SPD noch behauptet, die SPD werde die Kernenergie „mittelfristig überflüssig“ machen (Vorwärts, 17. 5. 1986), rückte er wenig später die Zeitplanung in ungewisse Ferne: „Vor dem Jahr 2000 dürfte das kaum der Fall sein.“ (Bild, 26. 5. 1986)

(7) Ankündigung

Nicht auf einen Rutsch

„Wir sind erstens gegen den Einstieg in die noch höheren Risiken der Plutoniumwirtschaft, wir wollen zweitens keinen weiteren Ausbau der Atomenergie, sondern die Möglichkeit eröffnen, auf diese Energiequelle ganz verzichten zu können. Das geht nicht auf einen Rutsch ... Ich warne vor allzu schnellen und allzu glatten Antworten.“ (Johannes Rau, Bunte, Nr. 27/26. Juni 1986)

Widerspruch

Weniger als zehn Jahre

Die von Volker Hauff geleitete Energie-Kommission beim Parteivorstand der SPD hat am 11. August 1986 einen Zwischenbericht vorgelegt, in dem davon ausgegangen wird, daß ein Verzicht auf Kernenergie „in weniger als zehn Jahren“ möglich sein wird. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. August 1986)

(8) Ankündigung

Kalkar nicht in Betrieb

„Ich habe mehr als nur Zweifel, ob die Inbetriebnahme von Kalkar politisch verantwortbar ist. Die Landesregierung ... wird ... verstärkt darauf hinwirken, daß die gesetzlichen und sonstigen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Kalkar nicht in Betrieb geht.“

(Johannes Rau, Plenarprotokoll NW 10/24, 1733, 4. Juni 1986)

Widerspruch

Bereits 17 Genehmigungen

Bis heute hat die Landesregierung Rau schon 17 Teilerrichtungs-genehmigungen erteilt; jede dieser Genehmigungen enthält auch die Bewertung, daß ein sicherer Betrieb zu erwarten ist. Entweder hat sie 17mal fahrlässig eine Genehmigung erteilt, oder sie hat mit der Verweigerung der Betriebsgenehmigung eine politische und keine atomrechtliche Entscheidung getroffen.

Kohlekraftwerk Ibbenbüren

(9) Ankündigung

Kein Buschhaus!

„Ein Buschhaus wird es in Nordrhein-Westfalen nicht geben.“

(Johannes Rau, Regierungserklärung, Plenarprotokoll 9/113, 6997, 30. 1. 1985)

Realität

Schlimmer als Buschhaus

Noch im gleichen Jahr eröffnete Johannes Rau das Kraftwerk Ibbenbüren. Während in Buschhaus 3 700 Tonnen Stickoxyde im Jahr anfallen, produziert Ibbenbüren jährlich 18 000 Tonnen Stickoxyde.

Widerspruch

Größter Stinker

Der ehemalige, für Umweltschutzfragen zuständige Landwirtschaftsminister im Kabinett Rau, Hans Otto Bäumer, bezeichnete das Kraftwerk in Ibbenbüren als den „größten Stinker der Republik“.

(zit. n. Süddeutsche Zeitung, 2. 11. 1985)

Widerspruch

So zugeschlagen

„Wenn man in Buschhaus so zugeschlagen hat wie wir, können wir Ibbenbüren so nicht laufen lassen.“

(SPD-Landesvorsitzender Günther Jansen, zit. n. Die Welt, 23. 12. 1985)

(10) Ankündigung

Emission wird bis 1987 verringert

„Durch unsere Hartnäckigkeit wird in Ibbenbüren Ende 1987 die NO_x-Emission auf höchstens 200 mg pro Kubikmeter verringert.“

(Johannes Rau, Rede in Ahlen, 16. 12. 1985)

Realität

Technisch nicht möglich

Die von Rau gegebene Zusage, daß die NO_x-Werte in Ibbenbüren von derzeit 1800 mg pro Kubikmeter auf 200 mg pro Kubikmeter ab 1987 durch neue Techniken heruntergefahren werden können, ist unglaublich, weil diese Technik heute noch gar nicht entwickelt, geschweige denn einsatzfähig ist. Vor dem Landtag drückte sich Rau dann auch entsprechend vorsichtiger aus:

Vernebelung

Soweit erlaubt ...

„Die Kraftwerksblöcke Scholven ... und Ibbenbüren laufen schon mit Rauchgas-Entschwefelungsanlagen und werden **schnellstmöglich, soweit es die technische Entwicklung erlaubt**, mit Entstickungsanlagen ausgerüstet.“

(Johannes Rau, Plenarprotokoll 10/14, 925, 29. 1. 1986)

Familienpolitik

(11) Ankündigung

Mehr Gerechtigkeit

„Wir in Nordrhein-Westfalen wollen mehr Gerechtigkeit für die Familien mit Kindern.“ (Johannes Rau, Regierungserklärung, Plenarprotokoll NW, 10/3, 27, 10. 6. 1985)

Realität

Mittel gekürzt

Unter der Verantwortung von Johannes Rau wurden zwischen 1980 und 1985 die familienpolitischen Leistungen um 56,2 Millionen Mark gekürzt. Im gleichen Zeitraum wurden der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen 315 Millionen Mark entzogen.

(12) Ankündigung

Lasten gerecht verteilen!

„Ich will nicht mehr Schulden, sondern ich will eine gerechtere Verteilung der Lasten.“ (Johannes Rau, ZDF, „Was nun, Herr Rau?“, 7. 11. 1985)

Realität

Familien zusätzlich belastet

Johannes Rau hatte zum Beispiel 1980 versprochen, die Elternbeiträge im Kindergarten bis 1981 gänzlich abzubauen. Inzwischen sind die Beträge nicht abgebaut, sondern auf bis zu 100 Mark monatlich erhöht worden. Die Familien sind mit zusätzlichen Kosten in Höhe von 100 Millionen Mark jährlich belastet.

Forschungspolitik

(13) Ankündigung

Forschung unterstützen!

„Ich werbe um das Engagement der Wissenschaftler und Ingenieure ... nicht forschen für alles und jedes, sondern forschen und entwickeln für gesunde Umwelt, den Kampf gegen den Hunger in der Welt — das können sie aber nur tun, wenn wir solche Forschung und Entwicklung unterstützen.“ (Johannes Rau, Rede in Ahlen, 16. 12. 1985)

Realität

Kürzung um 75 Prozent

Das Forschungsprogramm „Zukunftstechnologien“ wurde im

Haushaltsentwurf 1986 gegenüber 1985 um glatte 75 Prozent gekürzt; statt 60 Millionen Mark wurden nur noch 15 Millionen Mark angesetzt.

Beschönigung

Lebenswerk

Raus Verhältnis zum Geld wurde besonders deutlich beim Bau des Aachener Klinikums. Schwärmerisch bezeichnet er den Bau als „eines der großen Lebenswerke ... In wenigen Jahren wird es unbestreitbar von allen Parteien als eine große Leistung anerkannt“. (ZDF, „Was nun, Herr Rau?“, 7. 11. 1985)

Realität

Mißmanagement

Durch Mißmanagement verursachte das Aachener Klinikum eine ungeheure Kostenexplosion. Statt 600 Millionen kostet der von Wissenschaftsminister Rau zu verantwortende Bau schließlich 2,3 Milliarden Mark.

Entschuldigung

Fidele Resignation

Vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages, der die Vorgänge um das Klinikum klären sollte, sagte Rau aus, ihn habe im Laufe der Bauzeit „fidele Resignation“ überfallen.
(zit. n. W. Filmer/H. Schwan, Johannes Rau, Düsseldorf/Wien 1986, 201)

Widerspruch

Besser nicht!

Raus Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Christoph Zöpel, bezeichnete dagegen das Aachener Klinikum als „ein Experiment, das man besser hätte lassen sollen“. (zit. n. dpa, 22. 1. 1985)

Kommunalpolitik

(14) Ankündigung

Leistungen sollen steigen

„Die Leistungen des Landes an die Gemeinden sollen mit der allgemeinen Entwicklung der Landesausgaben Schritt halten.“
(Johannes Rau, Regierungserklärung, Plenarprotokoll 9/2, 28, 4. 6. 1980)

Realität

Leistungen sinken

Zwischen 1980 und 1986 stieg der Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen um 12,4 Prozent. Dagegen sank der Anteil der Gemeinden am Steueraufkommen von 28,5 Prozent auf 23 Prozent.

(15) Ankündigung

Nicht auf Kosten der Städte!

„Die Leistungen an die Gemeinden werden nicht weiter gesenkt ... weil wir unsere Verantwortung auch für die Handlungsfähigkeit der Gemeinden ganz ernst nehmen. Wir sparen nicht auf Kosten unserer Städte und Gemeinden. Nordrhein-Westfalen bleibt das gemeindefreundlichste Land der Bundesrepublik Deutschland.“

(Johannes Rau, Regierungserklärung, Plenarprotokoll 9/35, 1807, 19. 11. 1981)

Realität

Jährlich eine Milliarde weniger

Durch die Rückführung der Steuer-Verbundquote auf 23 Prozent werden den Gemeinden jährlich über eine Milliarde Mark entzogen. Die Zuweisungen des Landes an die Gemeinden sinken im Haushalt 1986 unter das Niveau der Zuweisungen von 1980.

Entschuldigung durch Beschuldigung

Bund greift uns in die Tasche

„Woher eigentlich sollen die Städte und Gemeinden das Geld für die unbestreitbar notwendigen Investitionen nehmen, nachdem der Bund den Ländern und Gemeinden in die Tasche gegriffen hat, um seine Steuergeschenke zu zahlen?“

(Johannes Rau, Regierungserklärung, Plenarprotokoll NRW 9/118, 7409, 6. 3. 1985)

Realität

Bund füllt die Taschen

Der Bund hat allein die Mittel für die Städtebauförderung, die 1982 nur 220 Millionen Mark betragen, auf 1 Milliarde Mark im Jahr 1986 aufgestockt.

(16) Ankündigung

Menschliche Wohnwelt

„Wir wollen mithelfen, daß die Wohnwelt in den achtziger Jahren menschlicher und liebenswerter wird.“

(Johannes Rau, Regierungserklärung, Plenarprotokoll 9/2, 18, 4. 6. 1980)

Realität

Mittel gekürzt

Im Haushaltsentwurf 1986 der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wurde das Wohnungsbauprogramm um 42 Prozent gekürzt.

Medienpolitik

(17) Ankündigung

Keine privaten Anbieter!

„Wir werden in Nordrhein-Westfalen keine privaten Anbieter zulassen.“

(Johannes Rau, ZDF, 21. 5. 1983)

Widerspruch zu sich selbst

Doch private Anbieter

„Es wird private Veranstalter geben, und die müssen die Chance haben, sich durchzusetzen, auch in Nordrhein-Westfalen.“

(Johannes Rau, Plenarprotokoll 10/13, 865, 12. 12. 1985)

Vernebelung

Wenn auch nicht, so doch ...

„Wenn sich die SPD auch grundsätzlich nicht mehr gegen die Zulassung privater Rundfunkveranstalter sperrt, so halten wir doch an den grundlegenden Prinzipien unserer bisherigen Medienpolitik fest und geben begründete Vorbehalte nicht auf.“ (Johannes Rau, Rede vor dem medienpolitischen Kongreß der SPD, zit. n. SPD-Pressedienst 135/84, 29. 3. 1984)

(18) Ankündigung

Aufgeschlossen

„Die Landesregierung steht neuen Medienangeboten aufgeschlossen gegenüber.“ (Johannes Rau, Regierungserklärung, Plenarprotokoll 10/3, 36, 10. 6. 1985)

Widerspruch zu sich selbst

Aufgeschoben

Nordrhein-Westfalen hat bis heute noch kein Landes-Mediengesetz. Zwar hatte Rau in seiner Regierungserklärung vom 10. 6. 1985 die Vorlage eines Landesmediengesetzes innerhalb eines Jahres zugesagt. Doch ein Jahr später versuchte er, einen weiteren Aufschub zu erreichen: „Mir wäre es lieber, Sie würden es erst nach der Bundestagswahl beschließen.“ Nach seinen eigenen Plänen will Rau dann nämlich mit der Landespolitik nichts mehr zu tun haben. (zit. n. Plenarprotokoll 10/22, 1540, 24. 4. 1986)

(Versteckter) Widerspruch

Wehmut

„Ich habe noch die Forderung im Ohr: ‚Die beste Medienpolitik ist überhaupt keine Medienpolitik!‘ Nur mit nostalgischer Wehmut kann man sich heute an solch idyllische Zeiten erinnern.“ (Johannes Rau, Rede vor dem medienpolitischen Kongreß der SPD, zit. n. SPD-Pressedienst 135/84, 29. 3. 1984)

Schulden

(19) Ankündigung

Verschuldung begrenzen

„Die Nettokreditaufnahme muß auch in Zukunft auf das fiskalisch Mögliche und das wirtschaftspolitisch Notwendige begrenzt werden.“ (Johannes Rau, Regierungserklärung; Plenarprotokoll NW 9/2, 20, 4. 6. 1980)

Realität

Schulden verdreifacht

Unter Ministerpräsident Rau hat Nordrhein-Westfalen in sieben Jahren seine Schulden mehr als verdreifacht. Sie betragen 1986 89,3 Milliarden Mark. (Rheinische Post, 12. Juli 1986)

Entschuldigung

Die Verhältnisse waren nicht so ...

„Wir haben nicht über unsere Verhältnisse gelebt, sondern die Verhältnisse haben sich geändert.“

(Johannes Rau, Regierungserklärung; Plenarprotokoll NW 9/35, 1809, 19. 11. 1981)

Entschuldigung

Jeder kann mal Fehler machen

„Wir haben Gesetze verabschiedet, von denen wir wußten, daß sie den Landeshaushalt erheblich belasten würden ... gewiß haben wir auch manches falsch gemacht.“

(Johannes Rau, Regierungserklärung; Plenarprotokoll NW 9/35, 1809, 19. 11. 1981)

Beschönigung

Den anderen geht's noch schlechter

„Verglichen mit anderen Bundesländern geht es uns noch gut.“

(Johannes Rau, WDR III, „Ich stelle mich“, 15. 6. 1981)

Verschleierung

Noch nicht, aber ...

„Wir haben einen Haushalt der Konsolidierung vorgelegt, der die Konsolidierung noch nicht bringt, der aber in diese Richtung führt.“

(Johannes Rau, Plenarprotokoll NW 9/31, 1605, 7. 10. 1981)

Vernebelung

Schritt für Schritt

„Seit 1981 haben wir die Neuverschuldung Schritt für Schritt gesenkt.“

(Johannes Rau, Regierungserklärung, Plenarprotokoll NW, 10/3,36, 10. 6. 1985)

Widerspruch

Jährlich vier Milliarden zuviel

„... ergibt sich, daß wir, um im Durchschnitt der übrigen Flächenländer zu bleiben, seit Anfang der achtziger Jahre Jahr für Jahr etwa drei bis vier

Milliarden DM weniger Neuverschuldung hätten auf uns nehmen dürfen, als wir das tatsächlich getan haben.“

(Dr. Diether Posser in einem Brief an Kabinettskollegen, September 1985)

(20) Ankündigung

Wir tun das Notwendige!

„Wir haben die Nettokreditaufnahme auf das fiskalisch Mögliche begrenzt, um auch in Zukunft das politisch Notwendige tun zu können.“

(Johannes Rau, Regierungserklärung, Plenarprotokoll 9/35, 1803, 19. 11. 1981)

Realität

Nichts können wir tun!

„Wir haben für die gesamten achtziger Jahre die absolute Mehrheit im Landtag und können sie, soweit diese Mehrausgaben erfordert, nur wenig nutzen.“ (Dr. Diether Posser in einem Brief an Kabinettskollegen, September 1985)

Beschönigung

Werte geschaffen!

„Wer nur von Schulden redet, verschweigt die Werte, die wir in diesem Land geschaffen haben.“

(Johannes Rau, Regierungserklärung, Plenarprotokoll 9/35, 1804, 19. 11. 1981)

Widerspruch

Besorgnis im höchsten Grad

„Unbestreitbar ist, daß die Verschuldung des Landes im höchsten Grad zur Besorgnis Anlaß gibt. Wir wollen gar nicht darum herumreden.“

(Prof. Friedhelm Farthmann, Plenarprotokoll 10/61, 1075, 6. 3. 1986)

Widerspruch

NRW = Polen?

„Es liegt auf der Hand, daß sich eine solche spezielle Verschuldenspolitik nur wenige Jahre durchhalten läßt, weil die dramatisch rasch steigenden Zinslasten den Haushalt sonst in Kürze geradezu erdrosseln würden, wie am abschreckenden Beispiel anderer hochverschuldeter Länder (Brasilien, Mexiko, Polen ...) zu studieren ist.“

(Dr. Diether Posser in einem Brief an Kabinettskollegen, September 1985)

(21) Ankündigung

Stellen sparen

Rau ließ für den Zeitraum von 1981 bis 1985 beschließen, daß sechs Prozent der Stellen eingespart werden sollen.

Realität

Stellen vermehren

Er selbst verhielt sich freilich genau entgegengesetzt, indem er im gleichen Zeitraum in seiner Staatskanzlei drei Prozent mehr Stellen einrichtete. 1986 ließ er noch einmal 4,4 Prozent zulegen.

Schule

(22) Ankündigung

Für gegliedertes Schulwesen

„Ich bin der Überzeugung, daß es die Chance, ein Kind auf die Gesamtschule zu schicken, geben muß und ich bin der Meinung, daß Eltern, die ihr Kind lieber aufs Gymnasium oder die Realschule schicken, das auch können müssen.“ (Johannes Rau, Rheinische Post, 20. Juni 1986)

Widerspruch

Gegen geliedertes Schulwesen

„Schließlich soll die Gesamtschule die einzige Schulart sein.“
(Beschluß „Bildung in Freiheit, Gleichheit und Solidarität“ der Kommission für Bildungspolitik beim Parteivorstand der SPD vom 11. 3. 1986)

Wegtauchen

Nicht zu Hause

„Ich gestehe freimütig, daß ich in den Themen (gegliedertes Schulwesen, Gesamtschule) nicht zu Hause bin.“
(Johannes Rau, zit. n. W. Filmer, H. Schwan, Johannes Rau, Düsseldorf/Wien 1986, 237)

(23) Ankündigung

Alle Lehrer einstellen!

„Im Interesse einer guten Schule werden wir uns auch in den nächsten Jahren darum bemühen, für alle Lehrer Einstellungsmöglichkeiten zu finden.“
(Johannes Rau, Regierungserklärung, Plenarprotokoll 8/84, 5772, 27. 9. 1978)

Realität

90 Prozent Einsparung

Wer auf diese Zusage hin ein Lehrerstudium aufnahm, erlebte am Ende seiner Ausbildung eine böse Überraschung. Zwischen 1981 und 1986 wurden in NRW 11 100 Lehrerstellen eingespart und 22 600 Stellen mit einem kw-Vermerk versehen. 90 Prozent aller Stellen, die im Landeshaushalt eingespart werden, kommen aus dem Lehrerbereich. Dabei fallen an Nordrhein-Westfalens Schulen regelmäßig 12 000 Wochenstunden aus, weil zuwenig Lehrer da sind.

(24) Ankündigung

Schüler-BAföG ...

„Ich habe angekündigt: Die schlimmsten unsozialen Eingriffe der Regierung Kohl werden rückgängig gemacht. Dabei stehen für mich im Vordergrund: ... Rücknahme der Kürzungen beim Schüler-BAföG.“
(Johannes Rau, SPD-Pressemitteilung Nr. 558, 18. 10. 1985)

Realität

... nicht im eigenen Land

Mit dieser Ankündigung Raus verträgt sich nicht, daß das Land Nordrhein-Westfalen nach der Umstellung der Leistungen nach dem BAföG den Landesanteil nicht für den Aufbau einer eigenen Schülerförderung wie andere Länder verwandt, sondern für die Haushaltssanierung eingesetzt hat. Die Haushaltsansätze für die Schülerförderung sanken von 360 Millionen Mark im Jahr 1980 auf 133 Millionen Mark im Jahr 1985.

Sicherheitspolitik

(25) Ankündigung

Kein Zweifel!

„Was die Westintegration der Bundesrepublik angeht, gibt es für mich überhaupt keinen Zweifel: Eine SPD, die das in Frage stellen würde, wäre nicht mehr meine.“ (Johannes Rau, Der Spiegel, 21/1985)

Widerspruch

Nicht mehr tragbar

Oskar Lafontaine spricht von „Bedingungen, zu denen eine Mitgliedschaft in der NATO nicht mehr tragbar ist.“ (Rede auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten in Oberhausen am 26./27. 3. 1983, Frankfurter Rundschau, Oster-Beilage 1983)

(26) Ankündigung

Kein Ausstieg ...

„Nach meiner Überzeugung kann das Ziel nicht ein Ausstieg aus dem Bündnis sein.“ (Johannes Rau, Vorwärts, 1. 3. 1986)

Widerspruch

... aber Diskussion über Ausstieg

„Ich bin nicht für den Austritt aus der NATO, aber ich halte eine Diskussion darüber für völlig unvermeidlich.“ (Erhard Eppler, Deutschlandfunk, 10. 5. 1983)

(27) Ankündigung

Wir sind und bleiben

„Wir sind in der NATO, wir bleiben in der NATO.“
(Johannes Rau, ZDF, „Was nun, Herr Rau?“, 7. 11. 1985)

Widerspruch

„Bedenkenloser Weg“

Im „Entwurf eines Antrags zur Sicherheitspolitik für den Bundesparteitag

1986“ (sog. „Bülow-Papier“) wird von einem „bedenkenlosen Weg in die Westintegration“ gesprochen.

(28) Ankündigung

Nicht umstritten

„Unsere Sicherheit beruht gegenwärtig auf dem Bündnis und unserem Beitrag zu ihm. Das ist in der SPD nicht umstritten.“ (Johannes Rau, Der Stern, 5/1986)

Widerspruch

Unverhüllter Antiamerikanismus

„Bundeskanzler Kohl und Verteidigungsminister Wörner kriechen den Amerikanern fast in den Hintern.“

(SPD-Landesvorsitzender Horst Jansen, zit. n. Bild, 9. 4. 1985)

(29) Ankündigung

Gemeinsamkeiten

„Mit den USA verbinden uns gemeinsame Werte, eine gemeinsame Geistesgeschichte, ein gemeinsamer Kampf um die Menschenrechte.“

(Johannes Rau, Rede in Ahlen, 16. 12. 1985)

Widerspruch

Sorge

„Ich hatte vor einigen Jahren mehr Sorge vor der Sowjetunion, ich habe heute mehr Sorge vor den Amerikanern.“

(Egon Bahr, Hessischer Rundfunk, „Frankfurter Gespräch“, 6. 4. 1986)

Wegtauchen

Schweigen

Rau hat nicht widersprochen, als SPD-Präsidiumsmitglied Wischniewski und SPD-Parteivorstandsmitglied Lafontaine auf einer Gegenkundgebung zum Besuch Ronald Reagans im Mai 1985 sprachen.

(30) Ankündigung

Verbindender Kampf

Amerika und „uns verbindet vor allem der Kampf um die Menschenrechte.“
(Johannes Rau, Rede vor dem American Enterprise Institute in Washington, 5. 12. 1986)

Wegtauchen

„Auf der Suche nach Krieg“

Rau hat auch nicht widersprochen, als der stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Horst Isola, behauptete, Amerika sei „auf der ganzen Welt auf der Suche nach Krieg und zündelt bei jeder besten Gelegenheit“. (zit. n. Weser-Kurier, 4. 11. 1983)

Sozialpolitik

(31) Ankündigung

Alles rückgängig machen!

„Es gibt insgesamt 23 neue Gesetze, die in das soziale Netz einschneiden. Ich würde als Kanzler sicherlich alle Kürzungen im Sozialbereich rückgängig machen.“ (Johannes Rau, Express, 16.10.1985)

Realität

Mehrbelastung

Alle Kürzungen zurückzunehmen heißt, die Gesamtbelastung der Arbeitnehmer durch Lohn- und Einkommensteuer um 17 Prozent zu erhöhen. Das würde für einen Arbeitnehmer mit Durchschnittseinkommen in einem Jahr 1 590 Mark Mehrbelastung ausmachen.

(32) Ankündigung

Wir bleiben sozial

„Wir hier bleiben sozial, weil sonst das Menschliche stirbt.“
(SPD/NW-Wahlanzeige, Bonner Generalanzeiger, 24. 4. 1985)

Realität

Einschneidende Kürzungen

In keinem anderen Bundesland sind die Sozialleistungen seit 1980 so einschneidend gekürzt worden wie in Nordrhein-Westfalen: Insgesamt 1,8 Milliarden Mark sind seit 1980 durch Streichungen von Sozialleistungen eingespart worden.

(33) Ankündigung

Soziale Gerechtigkeit trotz Krise

„Gerade in Zeiten ökonomischer Krisen darf soziale Gerechtigkeit nicht ins Nebenzimmer zur Überwinterung gepackt werden.“

(Johannes Rau vor der Bundeskonferenz der AG für Arbeitnehmerfragen, 9. 3. 1986)

Realität

Verweigerung wegen Krise

Rau ist gegen die Bundesstiftung „Mutter und Kind“ und versagt damit in Not geratenen Frauen und Müttern die notwendige Solidarität. Rau verweigert den Bürgern seines Landes eine Ergänzung des von der CDU eingeführten Bundeserziehungsgeldes durch ein Landeserziehungsgeld. Die Schulden des Landes sind zu hoch.

(34) Ankündigung

Möglichkeiten und Zuständigkeiten ...

„Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten und ihrer Zuständigkeiten tut die Landesregierung viel, um die Situation der sozial Schwachen zu verbessern.“ (Johannes Rau, Regierungserklärung, Plenarprotokoll NW 10/3, 34, 10. 6. 1985)

Realität

... werden nicht genutzt

Durch eine Änderung des Spielbankgesetzes wurden der „Stiftung Wohlfahrtspflege“ in Nordrhein-Westfalen über 150 Millionen Mark für die Alten- und Behindertenarbeit entzogen.

Vernebelung

Ich bestreite!

„Ich bestreite, daß wir Kürzungen gemacht haben, unabhängig vom sozialen Status der Empfänger.“ (Johannes Rau, ZDF, „Was nun, Herr Rau?“, 7. 11. 1985)

(35) Ankündigung

Niemand soll sich freikaufen

„Ich rufe alle Arbeitgeber auf ... die behinderten Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen. Da sollte sich niemand freikaufen wollen.“
(Johannes Rau, Regierungserklärung, Plenarprotokoll NW 9/2, 21, 4. 6. 1980)

Realität

Mit zwei Millionen freigekauft

Nordrhein-Westfalen mußte 1985 ein Bußgeld in Höhe von zwei Millionen Mark bezahlen, weil bei den Landesbehörden zuwenig Schwerbehinderte eingestellt sind. Rau beabsichtigt auch weiterhin, sich „freizukaufen“: Im Haushalt 1986 sind sogar 2,5 Millionen Mark für künftige Bußgelder bereitgestellt!

(36) Ankündigung

Mit alten Menschen menschlich umgehen

„Noch mehr als bisher müssen wir über die Lebenslage alter Menschen nachdenken ... Dabei geht es um die ... Frage, wie wir mit alten Menschen umgehen.“ (Johannes Rau, Regierungserklärung, Plenarprotokoll NW, 10/3, 34, 10. 6. 1985)

Realität

Mittel für alte Menschen halbiert

Rau hat 1986 einen Haushalt vorgelegt, in dem die Mittel für die Erholung alter Menschen um die Hälfte gekürzt worden sind.

Steuern

(37) Ankündigung

Steuern abbauen

„Ich trete ein für deutliche Entlastungen der unteren und mittleren Einkommen.“ (Johannes Rau, Rede in Ahlen, 16.12.1985)

Widerspruch

Keine Steuersenkungen

„Erforderlich ist eine merkbliche Erhöhung der Staatsquote und gerade nicht der Abbau durch Steuersenkungen und Rückzug des Staates aus der Wirtschaft.“ (Prof. Friedhelm Farthmann, Vorwärts, 8. 3. 1986)

Umwelt

(38) Ankündigung

Weltspitze!

„Meine Zielvorstellung ist, daß die Bundesrepublik Deutschland ... Weltspitze bei den Umwelttechnologien“ wird. (Johannes Rau, Rede vor der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Hannover, 9. 3. 1986)

Realität

Dritte Wahl

„In der Umweltpolitik sind wir an Rhein und Ruhr seit Ende 1983 nicht nur zweitklassig, sondern laut zweier Umfragen sogar dritte Wahl ... Es ist so gut wie nichts geschehen ... Inkonsequenz und Inkompetenz werden sichtbar. Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit gingen verloren.“
(Raus ehemaliges, für Umweltschutz zuständiges Kabinettsmitglied Hans Otto Bäumer, zit. n. Welt am Sonntag, 18. 11. 1984)

Beschönigung

Schrittmacherdienste

„Wir haben im Umweltschutz über Jahrzehnte hinweg für die gesamte Bundesrepublik Schrittmacherdienste geleistet.“
(Johannes Rau, Plenarprotokoll, 9/76, 4290, 22. 6. 1983)

Realität

Rücktritte

1979 verließ Landwirtschaftsminister Deneke aus Protest gegen mangelndes Umweltbewußtsein das Kabinett Rau. 1983 verließ Landwirtschaftsminister Bäumer das Kabinett Rau, weil zu wenig für den Umweltschutz getan worden sei.

Realität

Müllprobleme

Nordrhein-Westfalen hat bis heute noch kein Landesabfallbeseitigungsgesetz; in der Hälfte aller Regierungsbezirke gibt es keine Möglichkeiten für die Sondermüllentsorgung.

(39) Ankündigung

Tempolimit ja!

„Deshalb kann aus Gründen des Umweltschutzes vernünftigerweise heute niemand mehr gegen eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen und Fernstraßen sein.“

(Johannes Rau, Regierungserklärung, Plenarprotokoll 10/3, 32, 10. 6. 1985)

Widerspruch

Tempolimit nein!

„Ich habe immer Zweifel am Sinn von Tempo 100 gehabt.“

(Johannes Rau, Der Spiegel, 20. 5. 1985)

Wirtschaftspolitik

(40) Ankündigung

Wir bemühen uns!

„Gerade jetzt brauchen wir eine wirksame und vorausschauende Industriepolitik. In Nordrhein-Westfalen bemühen wir uns darum seit Jahren.“ (Johannes Rau, Rede in Ahlen, 16. 12. 1985)

Realität

Investitionskraft schwindet

Die Investitionskraft von Nordrhein-Westfalen schwindet. Bei den Flächenländern sind die Sachinvestitionen von 1980 bis 1984 um 0,7 Prozent zurückgegangen, in Nordrhein-Westfalen hingegen um 5,5 Prozent.

(41) Ankündigung

Wir unterstützen

„Wir unterstützen die Gründung neuer selbständiger Existenzen, und wir fördern die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen.“
(Johannes Rau, Plenarprotokoll NW, 10/14, 925, 29. 1. 1986)

Realität

Bürokratische Hemmnisse

„Banken und Geldinstitute berichten über Klagen von Investoren, die sich in Nordrhein-Westfalen ansiedeln wollen ... Kein anderes Bundesland hat so viele Mittelinstanzen wie Nordrhein-Westfalen ... Kaum eine andere Region hat so viele Beiräte — 935 an der Zahl.“ (Westfälische Nachrichten, 27. 11. 1985)

Vernebelung

Keine Elefantenhochzeit ...

„Wo meine süddeutschen Amtskollegen auf Elefantenhochzeiten tanzen ... da setze ich ganz bewußt auf die innovative Kraft der kleinen und mittleren Unternehmen.“ (Johannes Rau, Rede in Ahlen, 16. 12. 1985)

Realität

... folglich auch weniger Wachstum

Während zum Beispiel das Wirtschaftswachstum in Bayern in 13 Jahren um 43,8 Prozent anwuchs, verzeichnete Nordrhein-Westfalen nur einen Zuwachs in Höhe von 23,2 Prozent.

(42) Ankündigung

Mehr Wirtschaftswachstum!

„Zur Sicherung von mehr Beschäftigung ... brauchen wir wieder mehr Wirtschaftswachstum.“ (Johannes Rau, Plenarprotokoll NW 9/35, 1808, 19. 11. 1981)

Widerspruch

Reicht nicht

„Das angebliche Allheilmittel Wirtschaftswachstum reicht auch nicht.“
(Plenarprotokoll NW, 9/118, 7409, 6. 3. 1985)

II. Johannes Rau im Urteil seiner Genossen

Politik der Leerformeln

In einem Schreiben des Düsseldorfer Ministers für Landes- und Stadtentwicklung **Zöpel** wird Rau scharf kritisiert. Zöpel gibt sich besorgt darüber, daß die Politik von „Rau zu offensichtlichen Leerformeln“ führen werde, daß „keine Klarheit über die finanziellen Möglichkeiten des Landes“ bestehe und auch „kein Einvernehmen über die politischen Absichten der Landesregierung“ herrsche. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Juli 1983)

Führungs- und Entscheidungsschwäche

Dies war bereits die zweite unüberhörbare Warnung an Rau. Schon der zurückgetretene Minister **Bäumer** hatte über den umweltpolitischen Konflikt hinaus, den er zum Anlaß für sein Ausscheiden aus dem Kabinett nahm, Rau Führungs- und Entscheidungsschwäche vorgeworfen:

„Wenn das so weitergeht, daß jeder das Sagen hat, sich wenig bewegt, und das nicht selten in die falsche Richtung, dann werden wir irgendwann mal landespolitisch in den Zustand geraten, daß wir nur noch den Bankrott erklären können.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Juli 1983)

Inkonsequenz und Inkompetenz

Bäumer hat seine Kritik an Rau in einem Brief vom 16. Oktober 1984 noch verstärkt. Seinen Verzicht auf eine erneute Landtagskandidatur begründete er vor allem mit der zunehmend opportunistischen Haltung der SPD gegenüber den Grünen. Dafür machte er in erster Linie Rau verantwortlich:

„Einer Offenbarung bzw. Klärung der Position unserer Parteiführung, unserer Fraktion, unserer Landesregierung im Hinblick auf die Grünen nach der Kommunalwahl und der Landtagswahl entzogen sich die Chefs der

vorgenannten Gremien beharrlich. ... Inzwischen haben wir die Kommunalwahl hinter uns. Wir erfahren vom Landesvorsitzenden Johannes Rau, wie sehr er glücklich sei, und vernehmen nicht einmal leise Andeutungen über die unglaubliche Pleite, das Fiasko im Revier, den Erdrutsch zugunsten grüner Stimmentwicklung. ... Inkonzessenz und Imkompetenz werden sichtbar. Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit gingen verloren. ... Die SPD bewegt sich schon bald aus gesicherten, traditionellen Grundvorstellungen hinaus in unbekanntes Milieu und ungewohntes Terrain. ... Das Ende der SPD gewachsener traditioneller Prägung wird bedrohlich näherkommen.“ (Welt am Sonntag, 18. November 1984)

Opportunismus

In diesem Brief, den er an die SPD-Vorsitzenden in seinem bisherigen Wahlkreis gerichtet hat, beschuldigte **Bäumer** seinen Landesvorsitzenden Rau, alte sozialdemokratische Positionen ins Gegenteil verkehrt zu haben:

„Die Aufforderung von Johannes Rau (u.a. so formuliert): ‚Ich rate sehr, daß alle Gespräche miteinander führen, daß niemand Tabuzonen errichtet bei solchen Gesprächen‘, kann man vor Ort nur so verstehen, daß die alte Festlegung der Landespartei gegenüber den Grünen (das schließt Bündnisangebote aus) aufgegeben und ins Gegenteil verkehrt worden ist.

Von daher kann Euch keiner, auch ich nicht, einen Vorwurf machen. Aber mir will es nicht gelingen, einzusehen, daß diese ‚Wende‘ politisch klug ist. In Kenntnis so mancher Entwicklung scheint sie mir überdies im Hinblick auf die Landtagswahl 1985 besonders opportunistisch und schädlich zugleich.

Für mich persönlich muß ich feststellen, daß ich hierzu mehrfach eindeutig und nachhaltig Stellung bezogen habe. Überlegungen, wonach die SPD mit Grünen koalieren könnte, habe ich als ‚abständig und garstig‘ bezeichnet und darauf hingewiesen, daß man diese Leute so nur modern machen könne, die untereinander zerstritten und ohne schlüssige Perspektive sind.“

(Welt am Sonntag, 18. November 1984)

Keiner der großen Meinungsführer der SPD

Eigene Genossen mahnen Raus programmatischen Nachholbedarf an. So wollen die Jusos „großen Widerstand“ gegen ein „entpolitisiertes Wahlkampfkonzept“ in Form eines „Ein-Mann-Werbefeldzuges“ leisten: „Johannes Rau darf nicht zum einzigen Programmpunkt der SPD werden.“ (Juso-Presseerklärung, 19. September 1985) Und „in der Bonner Parteizentrale wird nicht bestritten, daß der künftige Kanzlerkandidat der SPD bisher keiner der großen Meinungsführer der SPD gewesen sei“. (Vorwärts, 7. September 1985)

Opfer und politische Nachteile

Unter der Regierung Rau hat die Verschuldung Nordrhein-Westfalens dramatisch zugenommen. Heutige NRW-Bilanz: 71 Milliarden Mark Netto-Schulden und ein Etat von knapp 58 Milliarden, aus dem pro Jahr sechs Milliarden allein für Zinsen abgezwickelt werden müssen. Finanzminister Posser warnte: „Die Lage der Landesfinanzen gleicht einer chronischen Krankheit, bei der eine rasche Wunderheilung nicht in Sicht ist. ... Auf der Ausgabeseite müssen wir auf alles nicht Notwendige verzichten. Wir brauchen eine politische Diskussion über die besonderen Vorrangbereiche der Landespolitik: Was nicht dazugehört, muß — auch unter Inkaufnahme von Opfern und politischen Nachteilen — soweit wie irgend möglich und vertretbar gekürzt werden.“

(NRW-Finanzminister Dr. Diether Posser, Vermerk für die Kabinettsmitglieder und die SPD-Fraktionsführung in Düsseldorf, September 1985, Manuskript)

Innerhalb der Sozialdemokratie nicht mehrheitsfähig

„Nur einen Tag, nachdem der designierte SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau seine innerparteilichen Kritiker zur Disziplin ermahnt hat, sind der Düsseldorfer Ministerpräsident und die von ihm geführte Landes-SPD vom eigenen Parteienachwuchs ungewöhnlich scharf angegriffen worden. Auf der ordentlichen Landeskonferenz der **nordrhein-westfälischen Jungsozialisten** am Wochenende im westfälischen Espelkamp wurde Rau von zahlreichen Rednern aufgefordert, seiner Partei als Kanzlerkandidat nicht ‚irgendwelche politischen Positionen aufzudrängen‘, die innerhalb der Sozialdemokratie schon längst nicht mehr mehrheitsfähig seien.“

(Süddeutsche Zeitung, 9. Dezember 1985)

Die Partei geht andere Wege

„Noch bevor Rau nächste Woche im westfälischen Ahlen erstmals Einblick geben will in Perspektiven und Inhalte seines Kanzlerprogramms, wächst bei **kritischen Sozialdemokraten** die Sorge, er werde hart erkämpfte Parteibeschlüsse wieder aufweichen. Mit Rau erlebt jetzt die SPD, was zur Zeit Helmut Schmidts an der Tagesordnung war: Die Nummer eins geht andere Wege als die Partei.“ (Spiegel, 9. Dezember 1985)

Positionen, in denen sich die Partei nicht wiederfindet

„Der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende **Günther Jansen** hat den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau zur konsequenten Einhaltung von Parteitagsbeschlüssen aufgefordert. In einem Interview des in Eutin erscheinenden ‚Ostholsteiner Anzeigers‘ begründete Jansen diese Mahnung

mit der Sorge, daß Rau als Kanzlerkandidat Positionen beziehen könnte, in denen sich die SPD nicht ausreichend wiederfinden würde.“
(dpa, 20. Dezember 1985)

Glaubwürdigkeit in Frage gestellt

„In einem Gespräch mit der Welt verurteilte jetzt der SPD-Landesvorsitzende Schleswig-Holsteins, **Günther Jansen**, mit harten Worten die Entscheidung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und SPD-Kanzlerkandidaten, Johannes Rau, Ibbenbüren ans Netz gehen zu lassen. Unter Hinweis auf die Kritik, die die SPD bei der Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Buschhaus an Raus christdemokratischem Kollegen Ernst Albrecht geübt hatte, meinte Jansen: ‚Wenn man in Buschhaus so zugeschlagen hat wie wir, können wir Ibbenbüren so nicht laufen lassen.‘

Deutlich gab der SPD-Landesvorsitzende zu verstehen, daß die Glaubwürdigkeit der Partei mit ihrem Engagement für den Umweltschutz aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus in Frage gestellt worden ist. Seiner Meinung nach hätte Ibbenbüren als Beweis dafür dienen müssen, die politische Forderung nach mehr Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur in ‚Sonntagsreden‘ zu beschwören, sondern auch in die Tat umzusetzen.“ (Die Welt, 23. Dezember 1985)

Mal floskelhaft, mal verbindlich

In dem „Spiegel“-Buch „Bruder Johannes — Herausforderer Rau“ meint Mit-Autor **Bäumer**:

„Auf Steilvorlagen kann Rau gar nicht eingehen. Da muß man nämlich mitunter einen halsbrecherischen Speed hinlegen und einen Drive zeigen, den er gar nicht drin hat. Rau ist, um im Fußballbild zu bleiben, mit Gerd Müller vergleichbar. Wie Müller ist Johannes ein guter Abstauber ...

Manchmal ließe Rau wichtige Entscheidungen ein ganzes Jahr treiben, erklärt Bäumer. „So ist er eben. Er wartet ab, wie sich etwas entwickelt und dann setzt er sich an die Spitze der Mehrheitsmeinung. Seine mal floskelhaft, mal verbindliche Sprache läßt vieles offen, und am Ende suggeriert Rau, er allein habe die Entscheidung getroffen.“ (Express, 31. Januar 1986)

Kleinkarierte Regierungsarbeit

Der ehemalige Minister **Bäumer** meint, Rau habe „gar nicht zu sehr den Ehrgeiz, den Beifall von gefühlsarmen Experten und Polit-Strategen zu bekommen ... Rau ist glücklich, wenn Tante Hedwig und Onkel Karl beim Ausrufen seines Namens einen verklärten Blick bekommen“.

Zur Kabinettsarbeit des Ministerpräsidenten meint Bäumer: „Ich habe manchmal gedacht: daß die Leute nicht wissen, wie regiert wird. Sie können sich überhaupt Regierungsarbeit gar nicht kleinkariert genug vorstellen. Das gilt nicht nur für NRW.“ Und weiter: „Rau liebt es, ein Problem — und sei es noch so klein — sich selbst zu überlassen und immer wieder alle am Tisch zur Diskussion darüber aufzufordern. Keiner weiß so richtig, wo es langgehen soll. Die Kabinettsitzungen ähneln gruppendynamischen Prozessen.“ (Kölnische Rundschau, 4. Februar 1986)

Ohne die Unterstützung Brandts?

Unter dem Titel „Linker Unwille über Rau“ heißt es in „Christ und Welt/Rheinischer Merkur“:

„Willy Brandt hat sich nur widerwillig damit abgefunden, daß Johannes Rau nach Meinungsforscher-Urteil der jetzt beste Kanzlerkandidat für die SPD ist. Das Ohr des Vorsitzenden ist demonstrativ offen, wenn Rau-Kritiker herantreten. Dies spürte der SPD-Spitzenkandidat in Niedersachsen, Gerhard Schröder, als er sich am 16. Dezember auf der Fahrt nach Ahlen im Zug mit Willy Brandt unterhielt. Schröder hält Rau für ‚unfähig, einen Sieg über Kohl zu erringen‘ und weiß sich in seinen wesentlichen Bedenken mit den ›Brandt-Enkeln‹ Oskar Lafontaine, Björn Engholm und Karl-Heinz Hirseman einig. Doch Brandt hält die Kritiker zurück. Dafür nahmen seine Mitarbeiter in der Bonner SPD-Baracke Einfluß auf die Rau-Rede von Ahlen. Sie mußte Brandt zur Genehmigung vorgelegt werden.“ (Christ und Welt/Rheinischer Merkur, 11. Januar 1986; Auch nach dem Widerspruch von Schröder in Christ und Welt/Rheinischer Merkur, 8. Februar 1986 ist die Redaktion bei ihrer Aussage geblieben.)

Rau legt sich nicht fest

„Für ihr jährliches Bundestreffen im nordrhein-westfälischen Oer-Erkenschwick hatten sich **die Linken in der SPD** vorgenommen, dem sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Johannes Rau ‚deutlich zu signalisieren‘: das vom SPD-Wirtschaftspolitiker Wolfgang Roth vorgelegte mittelfristige Wirtschaftsprogramm sei ‚von uns nicht mitzutragen‘ (ein teilnehmender linker Genosse). ... Zu sehr werde auf die Steuerung durch den Markt vertraut, die Bedeutung des Wettbewerbs werde ‚maßlos übertrieben‘, das Roth-Papier gebe ‚keine Antwort‘ auf die Krisen. Rau legte sich indes nicht fest und will auch künftig nicht der Schiedsrichter in innerparteilichen Auseinandersetzungen werden. Der Kandidat: ‚Ich kann nicht versprechen, in den nächsten Monaten der Spezialist für alles zu werden.“ (Wirtschaftswoche, 21. Februar 1986)

Hat nicht das Zeug, der Partei Halt zu geben

„Können Sie sich vorstellen, daß ein Mann wie Johannes Rau das Zeug hätte, Parteivorsitzender zu werden und der Partei wieder Halt zu geben?“

Wehner: „Ich schätze ihn nicht so ein. Das ist zwar ein Mann, der in diesem großen Parteibereich Nordrhein-Westfalen eine Rolle spielt, aber sonst in Wirklichkeit nichts von sich gibt.“

(Interview von Knut Terjung mit Herbert Wehner, Tempo, März 1986)

Rau wird in Bonn scheitern

Der bislang massivste Widerspruch gegen Rau wurde von Ex-Regierungssprecher Klaus **Bölling** vorgetragen: „Hinter der vorgehaltenen Hand wird der Kanzlerkandidat heute schon von manchen Sozialdemokraten in den vorderen Rängen der Bundestagsfraktion und in den Hauptstädten der SPD-regierten Länder als ‚irgendwie rührende unpolitische‘ Gestalt belächelt. ... Ich halte ihn für einen Mann, dessen Begabungen die begrenzte Region brauchen, damit sie gute Wirkung stiften können. Gerade im Ruhrgebiet, das seit Jahren als das Armenhaus der Republik verzeichnet wird, gibt es bei den Menschen ein starkes Verlangen nach Nähe, nach Gemeinschaft, eben nach jener Harmonie, die ‚Bruder Johannes‘ in der eigenen Familie, im Düsseldorfer Kabinett und am liebsten auch in seiner Partei verwirklicht sehen möchte. Deshalb weiß ich ihn mir nicht als politischen Führer in Bonn vorzustellen. Da würde er sich wohl nur quälen und einsam fühlen. Dort ist mit der Gesinnung der Bergpredigt leider nicht viel auszurichten ... Wer seinem ganzen Wesen nach dem Konflikt abgeneigt ist, wer viel Zeit, vielleicht sogar allzuviel Zeit braucht, um den Konsens herzustellen, kann nicht in Bonn, kann in keinem politischen Entscheidungszentrum erfolgreich sein. Er wird, mit fast unausweichlicher Logik, scheitern ...“

(Bonn von außen betrachtet, Stuttgart 1986, Stern 34/1986)

III. Rau im Urteil von Presse und Unionspolitikern

„Ist ein Mann, der diesen Tritt vors Schienbein ungerührt hinnimmt, aus dem Holz, aus dem Bundeskanzler sein müssen? Alte Zweifel vieler Genossen an der Qualifikation Raus erhalten neue Nahrung.“
(Abendpost/Nachtausgabe vom 25. 3. 1986)

„Das Äußerste, wovon die von Rau angeführte SPD träumen könnte, wäre ein Ergebnis, das sie zur stärksten Partei machte. Das ist zwar unwahrscheinlich, aber selbst dann will Rau keinesfalls mit den Grünen koalieren, sondern ... ja, was eigentlich? Gleichzeitig gegen die Union und gegen die Grünen kämpfen zu wollen, erinnert an Don Quichotte und die Windmühlen.“
(Abendzeitung vom 16. 7. 1986)

„Die Punkte, die sich der Politiker Rau herausgepickt hat, sind populär, doch sind sie auch finanzierbar?“

„Volkstribun Rau, der ‚versöhnen und nicht spalten‘ will, verläßt sich darauf, daß Punkte beim Publikum sammelt, wer Gutes will. Aber die mündigen Wähler wissen noch und beobachten immer wieder, wie schwer es ist, nicht nur das Gute zu wollen, sondern auch das Richtige zu tun.“
(Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 4. 5. 1986)

„Johannes Rau liebt es, bei unangenehmen Fragen mit Anekdoten oder jederzeit präsenten Bibel-Zitaten die Antwort zu vermeiden.“
(Die Welt vom 12. 4. 1986)

„Sollte denn die Ministerpräsidentenschaft im bevölkerungsreichsten Bundesland eine Art Probelauf für den Chefsessel der gesamten Republik sein — jeder vernünftige Wähler muß sich dieser Überlegung stellen —, dann hat Rau das Klassenziel auf vernichtende Weise verfehlt.“
(Die Welt vom 14. 4. 1986)

„.... gibt zu der erschreckenden Vermutung Anlaß, daß der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten sich auf einem der wichtigsten Felder der deutschen Politik nicht auskennt. ... Die Vorstellung, daß sozialdemokratische Sozialpolitik unter einem Kanzler Rau da wieder beginnen könnte, wo sie Ende der siebziger Jahre unter einer Kostenlawine verschüttet wurde, ist bedrückend.“
(Die Zeit vom 25. 10. 1985)

„Da die SPD keine Aussicht auf eine absolute Mehrheit im Bundestag sieht, laviert ihr Spitzenmann Johannes Rau zwischen zwei Übeln: Entweder muß

er sich als verstohlener Werber um die Grünen verdächtigen lassen — oder als Zählkandidat erscheinen, der nur auf Platz setzt.“ (Die Zeit vom 17. 4. 1986)

„Wenn Rau in der Politik Worte machen mußte, war ihm schon stets ein jovialer Unernst dabei auf die Stirn geschrieben.“

(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. 10. 1985)

„Rau hat im neugestalteten ‚Vorwärts‘ gefordert: ‚Profil, Gesicht, Kontur, das muß die SPD vor allen Dingen haben.‘ Das Wünschen allein kann ihm nicht helfen, denn das Gesicht der SPD ist nach wie vor der Januskopf, Profile und Konturen sind verschwommen.“

(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 3. 1986)

„Durch die SPD geht ein Riß ... Die Wahl von Johannes Rau zum Kanzlerkandidaten war der Versuch, die Gegensätze gemäß dem Lieblingsmotto des Kandidaten zu ‚versöhnen‘. Aber seine Gegner sind an Harmonie nicht interessiert. ... Die mehrheitlich nach links driftende Partei ist ganz anderer Meinung. Lafontaines brutaler Ausbruch aus der mühsam hergestellten Eintracht, der ihm obendrein noch so viele Parteitagstimmen einbrachte, ist ein Indiz dafür, wie es um Rau steht: schlecht.“

(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 3. 1986)

„Für große Teile der SPD ist Rau ganz einfach der falsche Kanzlerkandidat.“

(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. 7. 1986)

„Der Kandidat hat zunächst einmal den Mund sehr voll genommen, als er sagte, er kämpfe um die absolute Mehrheit. Er muß erst einmal in der SPD kämpfen.“

(Frankfurter Neue Presse vom 18. 9. 1985)

„Der Wähler weiß, daß diesem Mann von seiner eigenen Partei keine Chance eingeräumt wird, nach dem Januar 1987 im Bund regieren zu können.“

(General-Anzeiger, Bonn vom 8. 8. 1986)

„Die ersten Gehversuche des Kandidaten waren tapsig.“

(Kölnische Rundschau vom 24. 4. 1986)

„Wer den ‚Bruder Johannes‘ gut (jahrzehntelang) kennt, kann nur noch staunen über dessen derzeitige gewaltige Überschätzung, die kaum erklärbar ist.“

„Der Wahlkämpfer Johannes Rau — ein Programm konnte er nicht vorweisen — begnügte sich mit Johannes Rau, mit bühnenreifer Selbstdarstellung eines stolzen Familienvaters.“

„Rau ist ein politischer Wim Thielke. Er benutzt ein Deo, das Massen anzieht. Seine Öffentlichkeitsarbeiter prägen ein Vater-des-Jahres-Image, das nicht nur Kaviar für die Yellow-Presse ist.“

„Politisch ist Rau schwer zu fassen. Er legt sich nicht fest. Ein ‚Herr sowohl als auch‘. Ein Konjunktiv-Strategie. Nach eigener Standard-Behauptung

befindet er sich ,immer in der Mitte'. Wobei Mitte jeweils dort ist, wo er gerade steht. Der leutselige Predigersohn, dessen Auslandsreisen Vertretertouren mit Industriewaren gleichen, versucht jedermanns Darling zu sein.“

„Der Mann kann Pulverdampf nicht riechen. Und: ‚Er vermittelt Nähe, ohne daß man ihm richtig nahe kommt.‘ Von einem Spitzenmann wird mehr verlangt als Gemüt. Ein Kanzlerkandidat muß Programminhalte definieren können, politische Ziele setzen und in Grundpositionen Farbe bekennen. In dieser Beziehung stehen vor, hinter und neben Johannes Rau lauter Fraßezeichen.“ (Münchener Merkur vom 17. 9. 1985)

„Eher eine Figur am Rande.“ (Neue Presse vom 17. 12. 1985)

„Er will als Wohltäter erscheinen, ohne Rücksicht auf lästige Einzelheiten und auch ohne Rücksicht auf die Rechnung.“

„Rau wich geradezu hemmungslos der Sachdiskussion aus ... Kein Wort darüber, wie er sich Sozialpolitik vorstellt. Nichts, gar nichts Greifbares.“ (Rheinische Post vom 31.10.1985)

„Es wäre keine Sensation mehr, wenn Rau in diesem Jahr bekanntgäbe, er bleibe lieber auf seinen Düsseldorfer Landtagslorbeeren vom 12. Mai 1985 sitzen, als sich in der Arena für die undankbaren Genossen verheizen zu lassen.“ (Rheinische Post vom 6. 3. 1986)

„Rau hofft, aber er entscheidet nicht, er führt nicht. Das überläßt er anderen.“ (Rheinischer Merkur vom 18. 7. 1986)

„Wer dabei die Rolle von Johannes Rau in bezug setzt zu seiner Parole ‚Nicht spalten, sondern versöhnen‘, muß wissen, daß der Regierungschef wieder einmal mit zwei Zungen redet: Im zuständigen schulpolitischen Ausschuß des Landtags schlägt er sich aus Gründen des blanken Opportunismus auf die Seite der schulpolitischen Linksideologen, während sein der Öffentlichkeit zugewandtes Janusgesicht salbungsvoll verkündet, allein die Eltern sollten darüber verfügen, wo und wann eine Gesamtschule errichtet werden darf. Weltanschauliche Gipfelstürmerei und die Rituale des Verpackungskünstlers Rau stehen in augenblendem Gegensatz. So kennt man eben Johannes Rau: Geschmeidig nach außen, unentschlossen nach innen. Seine Domestiken tanzen ihm auf der Nase herum, dies in einer Zeit, da er sich in der Vorstellung sonnt, die Begabung zum Bundeskanzler zu besitzen.“ (Rheinischer Merkur vom 1. 8. 1986)

„So steht er da, kann gar nicht anders. Pastorale Breiigkeit eingeschlossen. Kaum Gründe, Johannes Rau nicht zu wählen. Ebensowenig Gründe, ihn wählen zu müssen.“

(Stuttgarter Nachrichten vom 17. 12. 1985)

„Einen Bundeskanzler Rau wird es nach allen Gesetzen der Wahrscheinlichkeit nicht geben. Zumindest 1987 nicht. Das aber würde bedeuten — immer noch einen Kanzler der SPD unterstellt — es müßte ein anderer her.“ (Stuttgarter Nachrichten vom 18. 4. 1986)

„Politischer Leichtfuß“ (Stuttgarter Zeitung vom 16. 9. 1985)

„Phantom-Kandidat“ (Stuttgarter Zeitung vom 18. 9. 1985)

„Rau wird ein halbes Jahr vor der Wahl immer noch so beschrieben, wie er stets war: als ein Parzival ohne Arg, als ein moralischer, sinnierender Mensch, als ein Anekdoten-Künstler, dem Macht an sich gar nichts, die Familie alles bedeutet. Dieses wahre Bild wird selbst der geschickteste Glotz nicht binnen Monaten in dasjenige einer politischen Potenz umtauschen können.“ (Süddeutsche Zeitung vom 8. 8. 1986)

„Kandidat mit Tarnkappe“ (Tageszeitung vom 17. 9. 1985)

„Johannes Rau ist der erste Kanzlerkandidat der Bundesrepublik Deutschland, der sich mit der Rolle der Gallionsfigur begnügt und darauf verzichtet, mit eigener Handschrift Politik und Programm der eigenen Partei zu gestalten.“ (Rudolf Seiters, Westfälische Nachrichten, 11. 4. 1986)

„Das Kanzlerhemd ist Rau um drei Halskragenummern zu groß ... Der kann seine Füße in den Kanzlerschuhen umdrehen, ohne die Richtung der Schuhe zu verändern.“

(Franz Josef Strauß, General-Anzeiger Bonn, 13. 2. 1986)

„Rau ist nichts anderes als ein „Grüß-Gott-August“, der für die Sozialdemokraten die alleinige Funktion einer Vorzeigefigur habe.“

(Kurt H. Biedenkopf, Frankfurter Neue Presse, 21. 10. 1985)

„Johannes der Täuscher“

„Chaos-Combo“ (= NRW-Kabinett)

„Er ist ja nicht einmal Zirkusdirektor in seinem Kabinett, geschweige denn Regierungschef.“

(Franz Josef Strauß über Johannes Rau, Stuttgarter Zeitung, 23. Juni 1986)

„Ein Märchenprinz aus dem Land des Lächelns, der nicht einmal sein Nordrhein-Westfalen richtig regieren kann.“

(Franz Josef Strauß, Bild am Sonntag, 22. Juni 1986)

Daß Johannes Rau dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow allen Ernstes anbot, das Wissen und die Kenntnisse des Landes Nordrhein-Westfalen für die Sicherheit der sowjetischen Kernreaktoren verfügbar zu machen, „sei gerade so, als ob jemand seinen Führerschein abgebe und sich daraufhin als Fahrlehrer betätigen wolle“.

(Ludwig Gerstein, dpa 27. Juni 1986)

„Ich mag ihn sehr gern, er hat auch sicherlich die besten Absichten ... Es ist eine Freude, sich mit ihm abends stundenlang zu unterhalten. Ich mag ihn auch menschlich gerne. Aber die Schuhe sind viel zu groß ... Er wird an den Realitäten scheitern.“

(Franz Josef Strauß über Johannes Rau, ZDF, „Journalisten fragen — Politiker antworten“, 10. Juli 1986)